

Universität Leipzig
Juristenfakultät

Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig

Vom 13. Juli 2007

Entsprechend den Vorgaben des Deutschen Richtergesetzes vom 19. April 1972 (BGBl. I S. 713), zuletzt geändert durch das Erste Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz vom 19. April 2006 (BGBl. I S. 866), und auf der Grundlage des Gesetzes über die Hochschulen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Hochschulgesetz – SächsHG) vom 11. Juni 1999 (SächsGVBl. S. 294), zuletzt geändert durch das Gesetz über Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Haushalte 2007 und 2008 im Freistaat Sachsen (Haushaltsbegleitgesetz 2007 und 2008) vom 15. Dezember 2006 (SächsGVBl. S. 515), sowie des Gesetzes über die Juristenausbildung im Freistaat Sachsen (Sächsisches Juristenausbildungsgesetz – SächsJAG) vom 27. Juni 1991 (SächsGVBl. S. 224), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Februar 2006 (SächsGVBl. S. 57), und der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Juristen des Freistaates Sachsen (SächsJAPO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 2006 (SächsGVBl. S. 105), erlässt die Universität Leipzig am 16. Februar 2007 die nachstehende Prüfungsordnung*.

* Die in dieser Ordnung verwendeten Personen-, Amts- und Funktionsbezeichnungen sowie akademischen Grade gelten gleichermaßen für Frauen und Männer.

Inhalt:

I. Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Studiendauer
- § 3 Begriffsbestimmungen
- § 4 Prüfer
- § 5 Bewertung der Prüfungsleistungen und Einsichtnahme
- § 6 Prüfungsausschuss
- § 7 Durchführung der Klausuren
- § 8 Versäumnis, Rücktritt und Nachteilsausgleich
- § 9 Unlauteres Prüfungsverhalten

II. Besondere Bestimmungen für die Zwischenprüfung

- § 10 Zweck der Zwischenprüfung
- § 11 Zulassungsvoraussetzungen und Fristen
- § 12 Durchführung der Zwischenprüfung
- § 13 Zwischenprüfungsfächer und Zwischenprüfungsleistungen
- § 14 Wiederholung der Zwischenprüfung
- § 15 Anerkennung auswärtiger Zeugnisse und Leistungen
- § 16 Zeugnis über die Zwischenprüfung
- § 17 Rechtsbehelf bei Nichtbestehen

III. Besondere Bestimmungen für die universitäre Schwerpunktbereichsprüfung

- § 18 Wahl des Schwerpunktbereichs und Prüfungsfächer
- § 19 Zweck und Form der universitären Schwerpunktbereichsprüfung
- § 20 Zulassung zur universitären Schwerpunktbereichsprüfung
- § 21 Prüfungsvorleistungen
- § 22 Wissenschaftliche Studienarbeit
- § 23 Klausur
- § 24 Mündliche Prüfung
- § 25 Gesamtnote und Bestehen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung
- § 26 Wiederholung von Prüfungsleistungen
- § 27 Zeugnis über die universitäre Schwerpunktbereichsprüfung
- § 28 Rechtsbehelf bei Nichtbestehen

IV. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 29 Übergangsregelungen

§ 30 Inkrafttreten und Veröffentlichung

Anlage

Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Geltungsbereich

Die vorliegende Prüfungsordnung regelt die Ausgestaltung und Durchführung der Zwischenprüfung und der universitären Schwerpunktbereichsprüfung an der Juristenfakultät der Universität Leipzig im Studiengang Rechtswissenschaft.

§ 2

Studiendauer

- (1) Die Studiendauer beträgt acht Fachsemester; diese Dauer kann unterschritten werden, sofern die jeweils für die Zulassung zur universitären Schwerpunktbereichsprüfung und zur staatlichen Pflichtfachprüfung erforderlichen Leistungen nachgewiesen sind. Das nähere regelt § 16 SächsJAPO.
- (2) Die Regelstudienzeit beträgt neun Fachsemester.
- (3) Die Dauer der dem Studium dienenden praktischen Studienzeiten beträgt drei Monate (90 Tage).
- (4) Die Höchstdauer der zum Bestehen der Zwischenprüfung erforderlichen Lehrveranstaltungen beträgt 48 Semesterwochenstunden.
- (5) Die Höchstdauer der zum Bestehen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung erforderlichen Lehrveranstaltungen beträgt 20 Semesterwochenstunden.

§ 3

Begriffsbestimmungen

- (1) Prüfungsleistungen im Sinne dieser Ordnung sind alle schriftlichen (Klausuren, Seminararbeiten) oder mündlichen Leistungen (Vorträge gemäß § 21 Abs. 1 Satz 1, Leistungen gemäß §§ 19 Abs. 3, 24 Abs. 1), die von Studierenden zur Teilnahme an der Zwischenprüfung (§ 13 Abs. 1) oder an der universitären Schwerpunktbereichsprüfung (§ 19) erbracht werden. Die durch die Prüfungsleistungen gestellten Anforderungen ergeben sich aus den besonderen Bestimmungen für die Zwischenprüfung (§ 13 Abs. 1 und 2) und für die universitäre Schwerpunktbereichsprüfung (§ 18 Abs. 3, § 19 Abs. 2 und 3, §§ 22 bis 26).
- (2) Zweige der Schwerpunktbereiche sind die in einem Schwerpunktbereich zusammengeführten Fachgebiete mit eigenen Studien- und Prüfungsfächern in einem Umfang von mindestens 8 SWS (§ 25 Abs. 2 StudO). Studienfächer sind alle in der Anlage 2 zur Studienordnung aufgeführten Rechtsmaterien der Schwerpunktbereiche oder Zweige; Prüfungsfächer sind alle in der Anlage zu dieser Ordnung aufgeführten Pflichtfächer und wahlobligatorischen Fächer, auf welche sich die universitäre Schwerpunktbereichsprüfung nach Maßgabe des § 18 Abs. 2 und 3 in Verbindung mit den Vorschriften der §§ 22, 23 und 24 erstreckt.
- (3) Teilgebiete eines Schwerpunktbereiches oder Zweiges sind deren gegenständlich abgrenzbare rechtliche Materien (Pflichtfächer oder wahlobligatorische Fächer) in einem Umfang von mindestens 2 SWS.

§ 4

Prüfer

- (1) Prüfer der studienbegleitenden Zwischenprüfung sind jeweils diejenigen Hochschullehrer, Privatdozenten und außerplanmäßigen Professoren, welche die Lehrveranstaltung durchführen, in deren Rahmen die Zwischenprüfungsleistungen zu erbringen sind, sowie im Fall von § 13 Abs. 3 die von dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bestimmten Personen, sofern sie auf dem zu prüfenden Gebiet zur selbstständigen Lehre befugt sind; soweit ein Bedürfnis besteht kann auch zum Prüfer bestimmt werden, wer die Befugnis zur selbstständigen Lehre nur auf einem Teilgebiet des Prüfungsfaches besitzt. Entsprechend dem Zweck und der Eigenart der Hochschulprüfung können auch Lehrkräfte für

besondere Aufgaben sowie in der beruflichen Praxis und Ausbildung erfahrene Personen zu Prüfern bestellt werden.

- (2) Prüfer der universitären Schwerpunktbereichsprüfung sind alle Hochschullehrer der Fakultät und weitere, durch den Prüfungsausschuss zu Prüfern bestellte Personen mit abgeschlossenem Hochschulstudium (§ 6 Abs. 2 Nr. 3 a.)), die die Voraussetzungen des § 23 Abs. 7 Satz 1 und 2 SächsHG erfüllen.

§ 5

Bewertung der Prüfungsleistungen und Einsichtnahme

- (1) Die Bewertungen der Prüfungsleistungen erfolgen durch die gemäß § 4 dieser Ordnung zuständigen Prüfer. Grundlage der Bewertung ist die Verordnung über eine Noten- und Punkteskala für die Erste und Zweite juristische Prüfung vom 3. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1243) in ihrer jeweils geltenden Fassung. Die Bewertung von Prüfungsleistungen hat innerhalb von drei Monaten nach Ablegen der jeweiligen Prüfungsleistung zu erfolgen.
- (2) Die erfolgreiche Teilnahme an einer Prüfungsleistung erfordert deren Bewertung mit mindestens "ausreichend (4 Punkte)".
- (3) Dem Studierenden ist auf seinen Antrag, der innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Prüfungsverfahrens beim Prüfungsausschuss zu stellen ist, in angemessener Frist die Einsichtnahme in seine Prüfungsarbeiten einschließlich der Gutachten der Prüfer zu gestatten. Die Einsichtnahme erfolgt in einem dafür vom Prüfungsausschuss zur Verfügung gestellten Raum.

§ 6

Prüfungsausschuss

- (1) An der Juristenfakultät wird ein vom Fakultätsrat zu wählender Prüfungsausschuss eingerichtet. Ihm gehören drei Hochschullehrer der Fakultät, ein akademischer Mitarbeiter und ein Studierender an. Die Amtszeit der Hochschullehrer beträgt in der Regel drei Jahre, die Amtszeit der übrigen Mitglieder ein Jahr. Das studentische Mitglied wird im Einvernehmen mit dem Fachschaftsrat der Fachschaft Jura an der Juristenfakultät bestellt. Der Prüfungsausschuss bestimmt aus seiner

Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter; diese müssen die Befähigung zum Richteramt haben.

- (2) Der Prüfungsausschuss überwacht rechtlich die Prüfungsverfahren und entscheidet insbesondere

1. in allen Prüfungsverfahren

- a.) über Rechtsbehelfe gegen den Ausschluss von einer Prüfungsklausur (§ 7 Abs. 4);
- b.) über das Vorliegen eines triftigen Grundes in den Fällen von Versäumnis und Rücktritt (§ 8);
- c.) über die Rechtsfolge in Fällen unlauteren Prüfungsverhaltens (§ 9);
- d.) im Einvernehmen mit den jeweiligen Prüfern über die Zulassung von Hilfsmitteln für Prüfungen in Form von Bekanntmachungen;

2. im Verfahren der Zwischenprüfung

- a.) über die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung im Fall des § 14 Abs. 1 Satz 3;
- b.) über die Zulässigkeit und Begründetheit von Widersprüchen gegen die Feststellung des Nichtbestehens der Zwischenprüfung;

3. im Verfahren der universitären Schwerpunktbereichsprüfung

- a.) über die Bestellung der Prüfer (§ 4 Abs. 2) und deren Einteilung, einschließlich der Einteilung als Vorsitzender (§ 24 Abs. 4 Satz 1);
- b.) über die Zulassung zur universitären Schwerpunktbereichsprüfung (§ 20 Abs. 1);
- c.) über die Gleichwertigkeit eines Leistungsnachweises gemäß § 20 Abs. 2 Nr. 5;
- d.) über die Gleichwertigkeit besuchter Lehrveranstaltungen gemäß § 20 Abs. 2 Nr. 7;
- e.) über die Gleichwertigkeit einer im Rahmen einer ergänzenden Übung in einem Schwerpunktbereich erbrachten wissenschaftlichen Leistung mit einer erfolgreichen Seminarteilnahme im Hinblick auf die Zulassung zur Prüfung (§ 20 Abs. 3 Satz 2);
- f.) über die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung im Fall des § 26 Abs. 1 Satz 2 bis 4;

- g.) über die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Überschreitung der Jahresfrist zur Wiederholung von Prüfungsleistungen (§ 26 Abs. 2);
- h.) über die Zulässigkeit und Begründetheit von Widersprüchen bei endgültigem Nichtbestehen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung (§ 28);
- i.) über das endgültige Nichtbestehen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung.

In dringenden Fällen können die dem Prüfungsausschuss zugewiesenen Entscheidungen in Form einer Eilentscheidung durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses getroffen werden.

- (3) Der Vorsitzende führt die Geschäfte des Prüfungsausschusses. Darüber hinaus entscheidet er
 - 1. über die Bestimmung des Zweitkorrektors für Zwischenprüfungsleistungen (§ 13 Abs. 3 Satz 1);
 - 2. über die Anerkennung des Bestehens auswärtiger Zwischenprüfungen, Leistungen und Zeugnisse (§ 15);
 - 3. über das endgültige Nichtbestehen der Zwischenprüfung; er ist dabei an die Bewertung der Prüfungsleistungen gemäß § 13 Abs. 3 Satz 5 und 6 gebunden.

Dem Vorsitzenden können vom Prüfungsausschuss weitere Aufgaben übertragen werden.

- (4) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sind zur Verschwiegenheit bezüglich aller Vorgänge verpflichtet, die in die Zuständigkeit des Ausschusses fallen.

§ 7

Durchführung der Klausuren

- (1) Ist eine Prüfungsleistung als Klausur zu erbringen, so gelten folgende Prüfungsbedingungen:
 - 1. die Studierenden haben sich durch einen Ausweis mit Lichtbild auszuweisen;
 - 2. es dürfen nur die zugelassenen Hilfsmittel verwendet werden;
 - 3. auf der Klausur ist die Matrikelnummer anzugeben.

- (2) Die Prüfer bestellen Aufsichtsführende, welche die Einhaltung der Prüfungsbedingungen überwachen. Die Aufsichtsführenden fertigen eine Niederschrift an, in der alle besonderen Vorkommnisse vermerkt werden.
- (3) Verstoßen Studierende gegen die sachdienlichen Anweisungen Aufsichtsführender oder stören sie durch ihr Verhalten andere Teilnehmer an der Klausur, so können sie durch den zuständigen Aufsichtsführenden von der weiteren Teilnahme an der Klausur ausgeschlossen werden, wenn sie ihr Verhalten trotz Abmahnung nicht einstellen. In diesem Fall ist ihre Klausur mit "ungenügend (0 Punkte)" zu bewerten. Die Entscheidung darüber trifft der Prüfer.
- (4) Gegen den Ausschluss von einer Klausur kann binnen einer Notfrist von einer Woche der Prüfungsausschuss angerufen werden. Die Anrufung bedarf der Schriftform und ist zu begründen. Bestätigt der Prüfungsausschuss die Ausschlussentscheidung nicht, ist dem Studierenden Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren. Wird der Ausschluss durch den Prüfungsausschuss bestätigt, so ist dies dem Studierenden unverzüglich mitzuteilen. Die Mitteilung ist mit Entscheidungsgründen und einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 8

Versäumnis, Rücktritt und Nachteilsausgleich

- (1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit "ungenügend (0 Punkte)" bewertet, wenn der Prüfungskandidat einen für ihn bindenden Prüfungstermin ohne triftigen Grund versäumt oder wenn er von einer Prüfung ohne triftigen Grund zurücktritt. Die Entscheidung über das Vorliegen eines triftigen Grundes trifft der Prüfungsausschuss.
- (2) Der für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachte Grund muss unverzüglich gegenüber dem Prüfungsausschuss schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Im Falle einer Krankheit erfolgt die Glaubhaftmachung durch Vorlage eines amtsärztlichen Attestes, das in der Regel nicht später als am Prüfungstag ausgestellt sein darf. Im Übrigen gilt § 7 Abs. 2 Sätze 2 bis 4 SächsJAPO entsprechend.

- (3) Macht der Studierende glaubhaft, dass er wegen einer Behinderung oder wegen einer chronischen Krankheit nicht nur vorübergehend nicht in der Lage ist, Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Bearbeitungszeit oder unter Einhaltung sonstiger Prüfungsmodalitäten zu erbringen, so gewährt ihm der Prüfungsausschuss auf seinen Antrag einen angemessenen Nachteilsausgleich. Dieser kann auch vorsehen, die geforderte Prüfungsleistung in anderer als der vorgeschriebenen Form zu erbringen, sofern die Leistung gleichwertig ist. Die Glaubhaftmachung erfolgt im Regelfall durch Vorlage eines ärztlichen, in Zweifelsfällen auf Verlangen des Prüfungsausschusses durch Vorlage eines amtsärztlichen Attestes.

§ 9

Unlauteres Prüfungsverhalten

Für die Rechtsfolgen unlauteren Verhaltens im Prüfungsverfahren gilt § 12 SächsJAPO entsprechend. Die Entscheidung über die Rechtsfolge im Fall unlauteren Verhaltens trifft der Prüfungsausschuss.

II. Besondere Bestimmungen für die Zwischenprüfung

§ 10

Zweck der Zwischenprüfung

Die Zwischenprüfung dient der Feststellung der fachlichen Eignung der Studierenden für die weitere juristische Ausbildung.

§ 11

Zulassungsvoraussetzungen und Fristen

- (1) Zur Zwischenprüfung sind nur Studierende zugelassen, die für das rechtswissenschaftliche Studium an der Juristenfakultät der Universität Leipzig immatrikuliert sind.
- (2) Studierende, die nach Maßgabe des Landesrechts den Anspruch auf Ablegung der Zwischenprüfung an einer anderen Universität im Geltungsbereich des Deutschen Richtergesetzes verloren haben, werden zur Zwischenprüfung nicht zugelassen.

- (3) Die Zwischenprüfung ist spätestens bis zum Beginn des fünften Semesters abzulegen.

§ 12

Durchführung der Zwischenprüfung

Die Zwischenprüfung wird grundsätzlich im Rahmen der Übungen für Anfänger (§ 16 StudO) durchgeführt. Die Durchführung schließt die Bekanntgabe der Termine für die Erbringung der Zwischenprüfungsleistungen (§ 13 Abs. 1 Satz 2) und der Bewertung dieser Leistungen ein.

§ 13

Zwischenprüfungsfächer und Zwischenprüfungsleistungen

- (1) Die Zwischenprüfung ist in den Fächern Bürgerliches Recht, Öffentliches Recht und Strafrecht abzulegen. Zwischenprüfungsleistungen sind alle Klausuren der Übung für Anfänger im Bürgerlichen Recht, Öffentliches Recht und Strafrecht im zeitlichen Umfang von zwei Zeitstunden (§ 16 Abs. 2 Satz 1, 3 StudO). Mit der Abgabe einer Klausur im Rahmen einer Übung für Anfänger nimmt der Studierende zugleich an der Zwischenprüfung bezüglich desjenigen Fachgebiets teil, in dem die Übung stattfindet.
- (2) Die Zwischenprüfung ist bestanden, wenn der Teilnehmer aus allen drei Übungen für Anfänger (Bürgerliches Recht, Öffentliches Recht, Strafrecht) jeweils zumindest eine mit "ausreichend (4,0 Punkte)" bewertete Klausur vorweisen kann. Das Recht zur Wiederholung von Zwischenprüfungsleistungen (§ 14 Abs. 1) bleibt unberührt.
- (3) Hat ein Studierender in einer der Zwischenprüfungsleistungen nicht wenigstens 4 Punkte erreicht, so ist diese Arbeit auf seinen Antrag durch einen vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu bestimmenden Zweitkorrektor (§ 6 Abs. 3 Nr. 1 i.V.m. § 4 Abs. 1) zu bewerten. Der Antrag ist nur nach vorheriger Gegenvorstellung gemäß § 21 Abs. 1 StudO zulässig. Er ist spätestens innerhalb von zwei Wochen nach Abschluss der Überprüfung der Bewertung durch den Übungsleiter beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses (§ 6 Abs. 1 Satz 5) schriftlich zu stellen und mit einer Begründung zu versehen. Die Zweitbewertung soll innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags erfolgen. Weicht die Zweitkorrektur um bis zu 2 Punkte von der Erstkorrektur ab, bestimmt

sich die Bewertung der Klausur nach dem rechnerischen Mittel der Summe beider Bewertungen (Punktzahlen). Bei Abweichungen um mehr als zwei Punkte entscheidet ein vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bestimmter dritter Prüfer durch Stichentscheid, der innerhalb von zwei Wochen zu ergehen hat und die Note auf eine der von den beiden anderen Prüfern erteilten Punktzahlen oder eine dazwischenliegende Punktzahl festlegt.

§ 14

Wiederholung der Zwischenprüfung

- (1) Die Zwischenprüfung kann nur innerhalb eines Jahres nach Abschluss des ersten Prüfungsversuches einmal wiederholt werden. Nach Ablauf dieser Frist gilt sie als endgültig nicht bestanden. Eine zweite Wiederholungsprüfung kann nur in besonders begründeten Ausnahmefällen zum nächsten möglichen Prüfungstermin durchgeführt werden. Der Antrag ist innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses der ersten Wiederholungsprüfung beim Prüfungsausschuss zu stellen.
- (2) Zeiten der Beurlaubung und einer durch Exmatrikulation nachgewiesenen Unterbrechung des Studiums werden bei der Berechnung der Frist für die Wiederholung der Zwischenprüfung nicht berücksichtigt.
- (3) Wird eine Frist zur Wiederholung der Zwischenprüfung (Absatz 1) aus Gründen überschritten, die der Studierende nicht zu vertreten hat, verlängert sich diese Frist um denjenigen Zeitraum, in dem der Grund für die Verhinderung der Teilnahme an der Zwischenprüfung bestanden hat. Dies gilt insbesondere auch für die Zeiten der Inanspruchnahme der gesetzlichen Mutterschutzfristen und für die Fristen der Elternzeit. Der Hinderungsgrund ist dem Prüfungsausschuss unverzüglich anzuzeigen und auf dessen Verlangen glaubhaft zu machen.

§ 15

Anerkennung auswärtiger Zeugnisse und Leistungen

- (1) Das Bestehen der Zwischenprüfung an einer anderen Universität innerhalb des Geltungsbereiches des Deutschen Richtergesetzes wird anerkannt. Entsprechendes gilt für Prüfungsleistungen im Studiengang Rechtswissenschaft an einer anderen Universität innerhalb des

Geltungsbereichs des Deutschen Richtergesetzes, sofern diese den Leistungen des § 13 Abs. 1 gleichwertig sind.

- (2) Leistungen, die nach § 18 Abs. 3 SächsJAPO anerkannt werden können, werden anerkannt, soweit sie den in § 13 Abs. 1 genannten Leistungen gleichwertig sind.
- (3) Das Zeugnis über ein abgeschlossenes Rechtsstudium an einer Universität außerhalb des Geltungsbereiches des Deutschen Richtergesetzes kann als Zwischenprüfungszeugnis anerkannt werden, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 2 vorliegen.

§ 16

Zeugnis über die Zwischenprüfung

Über das Bestehen der Zwischenprüfung wird vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach dem Ende der Vorlesungszeit desjenigen Semesters, in dem die Prüfung bestanden wurde, ein Zeugnis ausgestellt, das zur Fortsetzung der Ausbildung im Studiengang Rechtswissenschaft berechtigt. Das Zeugnis enthält neben dem Namen, dem Geburtsdatum, Geburtsort und der Matrikelnummer des Studierenden den Vermerk, dass die für die Zwischenprüfung erforderlichen Leistungen erbracht worden sind, und das Datum, an welchem die letzte Zwischenprüfungsleistung erbracht worden ist.

§ 17

Rechtsbehelf bei Nichtbestehen

Das Nichtbestehen der Zwischenprüfung ist dem Studierenden schriftlich mitzuteilen. Die Mitteilung ist mit Entscheidungsgründen und einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

II. Besondere Bestimmungen für die universitäre Schwerpunktbereichsprüfung

§ 18

Wahl des Schwerpunktbereichs und Prüfungsfächer

- (1) Jeder Studierende wählt einen der von der Fakultät angebotenen Schwerpunktbereiche, in dem er geprüft werden will. Folgende Schwerpunktbereiche stehen dabei zur Auswahl:
 1. Grundlagen des Rechts;
 2. Staats- und Kommunalverwaltung;
 3. Internationales und Europäisches Recht;
 4. Bank- und Kapitalmarktrecht;
 5. Kriminalwissenschaften;
 6. Medien- und Informationsrecht;
 7. Rechtsberatung – Rechtsgestaltung – Rechtsdurchsetzung;
 8. Unternehmen – Arbeit – Steuern.
- (2) Wird ein in Zweige (§ 3 Abs. 2 Satz 1) unterteilter Schwerpunktbereich gewählt, ist zusammen mit der Wahl des Schwerpunktbereichs der Zweig zu benennen, in dem die Prüfung erfolgen soll.
- (3) Die Prüfungsfächer eines Schwerpunktbereichs oder Zweiges ergeben sich aus den in der Anlage "Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche" zu dieser Ordnung aufgeführten Pflichtfächern und wahlobligatorischen Fächern, denen der jeweilige Prüfungsstoff nach Maßgabe der vorstehenden Absätze 1 und 2 in Verbindung mit den nachstehenden Vorschriften der §§ 22, 23 und 24 entnommen wird.

§ 19

Zweck und Form der universitären Schwerpunktbereichsprüfung

- (1) Das Studium des Schwerpunktbereichs endet mit einer universitären Schwerpunktbereichsprüfung. Diese dient der Feststellung, dass der Studierende, über den Stoff des Pflichtstudiums hinaus, über wissenschaftlich vertiefte Rechtskenntnisse in den Fächern des von ihm gewählten Schwerpunktbereichs verfügt und diese auch in den

interdisziplinären und internationalen Bezügen dieser Fächer anzuwenden versteht.

- (2) Prüfungsleistungen im Rahmen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung sind eine wissenschaftliche Studienarbeit (§ 22) und eine Klausur (§ 23).
- (3) Im Schwerpunktbereich "Rechtsberatung – Rechtsgestaltung – Rechtsdurchsetzung" tritt an die Stelle der Klausur eine mündliche Prüfung. Das Nähere regelt § 24.

§ 20

Zulassung zur universitären Schwerpunktbereichsprüfung

- (1) Die Zulassung zur universitären Schwerpunktbereichsprüfung erfolgt auf Antrag des Studierenden. Der Antrag bedarf der Schriftform und ist beim Prüfungsausschuss spätestens zum Ende der Vorlesungszeit desjenigen Semesters einzureichen, das dem Semester vorhergeht, in dem die erste Prüfungsleistung erbracht werden soll. Dem Antrag sind die für die Zulassung erforderlichen Nachweise gemäß dem nachstehenden Absatz 2 beizufügen.
- (2) Die Zulassung zur universitären Schwerpunktbereichsprüfung setzt neben dem Bestehen der Zwischenprüfung voraus:
 1. den Nachweis der Immatrikulation an der Juristenfakultät;
 2. die schriftliche Versicherung des Studierenden, dass der Anspruch auf Zulassung zur Prüfung nach Maßgabe des jeweils geltenden Landesrechts nicht durch das endgültige Nichtbestehen einer früheren Schwerpunktbereichsprüfung erloschen ist, die an einer anderen Universität im Geltungsbereich des Deutschen Richtergesetzes durchgeführt wurde;
 3. den Nachweis, dass die Abgabe der wissenschaftlichen Studienarbeit (§ 22) und die Teilnahme an der Klausur (§ 23) oder mündlichen Prüfung (§ 24) nicht vor Ablauf von zweieinhalb Studienjahren erfolgen wird;
 4. den Nachweis über die erfolgreiche Teilnahme an den Übungen für Fortgeschrittene im Bürgerlichen Recht, im Strafrecht und im Öffentlichen Recht durch Vorlage der erteilten Übungsscheine, aus

denen sich ergibt, dass in jeder der Übungen mindestens eine Klausur und eine Hausarbeit mindestens mit der Note "ausreichend (4 Punkte)" bestanden wurde;

5. den Nachweis des Erwerbs fachspezifischer Kenntnisse in einer Fremdsprache gemäß § 18 Abs. 2 Satz 2 SächsJAPO durch Vorlage des Sprachzeugnisses "unicert II" oder eines gleichwertigen Leistungsnachweises, der im Rahmen einer fremdsprachigen Vorlesung zu Gegenständen ausländischer Rechtsordnungen erworben wurde (§§ 13 Abs. 3, 14 Abs. 1 StudO);
 6. die erfolgreiche Teilnahme an mindestens einem rechtswissenschaftlichen Seminar des gewählten oder eines anderen Schwerpunktbereichs oder des Pflichtfachstudiums, die durch den Seminarschein nachgewiesen wird (Zulassungsseminar);
 7. die Teilnahme an den Lehrveranstaltungen des gewählten Schwerpunktbereichs im Umfang von mindestens 14 SWS, die durch Belegungsbögen nachzuweisen ist. Hat der Studierende an gleichwertigen Lehrveranstaltungen einer anderen Hochschule teilgenommen, so wird die Teilnahme an diesen Lehrveranstaltungen anerkannt, wenn der Studierende diese glaubhaft macht.
- (3) In Ausnahmefällen kann die Voraussetzung des Absatz 2 Nr. 6 durch die Erbringung einer gleichwertigen wissenschaftlichen Leistung im Rahmen einer ergänzenden Übung im Schwerpunktbereich ersetzt werden. Ist zweifelhaft, ob eine im Rahmen einer ergänzenden Übung im Schwerpunktbereich erbrachte Leistung einer erfolgreichen Seminarteilnahme gleichwertig ist, entscheidet der Prüfungsausschuss.
- (4) Ist dem Zulassungsantrag stattzugeben, so wird dies dem Studierenden schriftlich mitgeteilt.
- (5) Die Zulassung zur universitären Schwerpunktbereichsprüfung ist zu versagen, wenn die Voraussetzungen des Absatz 2 Nr. 1–7 nicht gegeben sind oder die staatliche Pflichtfachprüfung endgültig nicht bestanden ist. Die Versagung ist dem Studierenden schriftlich mitzuteilen und zu begründen.

§ 21
Prüfungsvorleistungen

- (1) Prüfungsvorleistungen sind alle für die Zulassung zur universitären Schwerpunktbereichsprüfung vorausgesetzten Studienleistungen (§ 20 Abs. 2 Nr. 4–6).
- (2) In den Übungen für Fortgeschrittene (§ 20 Abs. 2 Nr. 4) beträgt die Bearbeitungszeit für Hausarbeiten vier Wochen, für Klausuren drei Zeitstunden.
- (3) Wird der Nachweis fachspezifischer Fremdsprachenkenntnisse in Form einer Klausur erbracht (§ 20 Abs. 2 Nr. 5), so beträgt deren Bearbeitungszeit zwei Zeitstunden; wird er in Form eines mündlichen Vortrags erbracht, so soll dieser 30 Minuten umfassen.
- (4) Die Bearbeitungszeit für die Seminararbeit im Zulassungsseminar (§ 20 Abs. 2 Nr. 6) beträgt neun Wochen; die Vortragszeit dreißig Minuten.
- (5) Prüfungsvorleistungen, die an einer anderen Universität innerhalb des Geltungsbereiches des Deutschen Richtergesetzes erbracht wurden, werden anerkannt, sofern diese den Leistungen des § 20 Abs. 2 Nr. 4–6 gleichwertig sind.

§ 22
Wissenschaftliche Studienarbeit

- (1) Die Leistung der wissenschaftlichen Studienarbeit ist in der Regel in Form einer Seminararbeit zu erbringen, die schriftlich auszufertigen und in einem dreißig- bis fünfundvierzigminütigen, möglichst frei gehaltenen mündlichen Vortrag vorzustellen ist. Diese Leistung kann bereits vor der Klausur erbracht werden. Ihre Erbringung ist vom sechsten Fachsemester an zulässig. Die Bearbeitungszeit für die Seminararbeit beträgt acht Wochen. Die Termine für den mündlichen Vortrag und die Bewertung der Seminararbeit werden im Rahmen des Seminars bekannt gegeben, in dem die Prüfungsleistung erbracht wird.
- (2) Das Thema der Seminararbeit soll im wesentlichen einem anderen Teilgebiet (§ 3 Abs. 3) oder Ausschnitt eines Teilgebietes des Schwerpunktereichs oder Zweiges als die Klausur angehören; im übrigen ist das Thema der Seminararbeit aus den im Rahmen der Seminare des gewählten Schwerpunktereichs angebotenen Themen frei wählbar. Das

Angebot dieser Themen wird von den in den Schwerpunktbereichen lehrenden Personen zusammengestellt, sofern diese zugleich Prüfer sind (§ 4 Abs. 2), und den Studierenden rechtzeitig auf geeignetem Wege bekannt gemacht.

- (3) Bei Übernahme der Seminararbeit ist dem Veranstalter des Seminars im Zusammenhang mit der Themenvergabe schriftlich anzuzeigen, dass diese Arbeit Prüfungsleistung sein soll. Mit der Zuweisung des von einem Studierenden gewählten Themas der Seminararbeit durch den Veranstalter des Seminars wird zugleich festgelegt, auf welchem Teilgebiet des Schwerpunktbereichs (§ 3 Abs. 3) die wissenschaftliche Studienarbeit erstellt wird. Diese Festlegung ist vom Veranstalter des Seminars schriftlich zu vermerken und vom Studierenden bei Abgabe der Seminararbeit auf deren Deckblatt anzugeben.
- (4) Die Seminararbeit ist eigenhändig zu unterschreiben und mit der eidesstattlichen Versicherung zu versehen, dass sie ohne unzulässige Hilfsmittel erstellt wurde.

§ 23

Klausur

- (1) Jeder Schwerpunktbereich, in fachlich untergliederten Schwerpunktbereichen (§ 25 Abs. 3 Satz 1 StudO) jeder Zweig (§ 3 Abs. 2), bietet in jedem Semester eine Klausur an, die als Prüfungsleistung im Rahmen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung erbracht und dem Pflichtfachstoff des Schwerpunktbereiches oder Zweiges in einem Umfang von 8 SWS entnommen wird. Die Bearbeitungszeit für eine Klausur beträgt vier Zeitstunden.
- (2) Die Teilnahme an einer Klausur ist nur nach vorheriger Anmeldung beim Prüfungsausschuss zulässig. Die Anmeldung hat – in Wintersemestern bis spätestens zum 15. Februar, in Sommersemestern bis spätestens zum 31. Juli – in dem Semester zu erfolgen, das dem Prüfungssemester vorhergeht, und ist verbindlich.
- (3) Die Termine für die Klausuren werden durch Aushang bekannt gegeben. Der Aushang erfolgt spätestens sechs Wochen vor dem jeweiligen Klausurtermin.
- (4) Die Klausur wird von zwei Prüfern (§ 4) bewertet. Weichen deren Bewertungen um mehr als zwei Punkte voneinander ab, gilt § 13 Abs. 3

Satz 6 entsprechend. In allen anderen Fällen wird die Note der Klausur entsprechend dem arithmetischen Mittel der Punktzahlen der Erst- und Zweitbegutachtung gebildet.

- (5) Das Ergebnis der Klausur wird durch den Prüfungsausschuss in geeigneter Form bekannt gegeben. Der Termin für die Bekanntgabe wird zusammen mit der Ausgabe der Klausur bekannt gemacht.

§ 24

Mündliche Prüfung

- (1) Der Schwerpunktbereich "Rechtsberatung – Rechtsgestaltung – Rechtsdurchsetzung" bietet in jedem Semester einen Termin zur Ablegung der mündlichen Prüfung (§ 19 Abs. 3 Satz 1) an. Den Gegenstand dieser mündlichen Prüfung, deren Stoff den Pflichtfächern des Schwerpunktbereiches in einem Umfang von 8 SWS entnommen wird, bilden konkrete Aufgaben zu Problemen der Rechtsgestaltung, einschließlich der Rechtsberatung und Rechtsdurchsetzung, die im Verlauf des Prüfungsgesprächs unter Einbeziehung auch theoretischer Fragen der Rechtsgestaltung weiter entwickelt werden. Die Dauer der mündlichen Prüfung beträgt für jeden Prüfungsteilnehmer zwanzig Minuten.
- (2) Die Teilnahme an einer mündlichen Prüfung ist nur nach vorheriger Anmeldung beim Prüfungsausschuss zulässig. Die Anmeldung hat – in Wintersemestern bis spätestens zum 15. Februar, in Sommersemestern bis spätestens zum 31. Juli – in dem Semester zu erfolgen, das dem Prüfungssemester vorhergeht, und ist verbindlich.
- (3) Die Termine für die mündlichen Prüfungen werden durch Aushang bekannt gegeben. Der Aushang erfolgt spätestens sechs Wochen vor dem jeweiligen Prüfungstermin.
- (4) Die mündliche Prüfung wird in der Regel vor zwei Prüfern, von denen einer zum Vorsitzenden bestellt ist, als Gruppen- oder Einzelprüfung abgelegt. Über den Prüfungsverlauf wird vom Vorsitzenden ein Protokoll angefertigt, in dem die wesentlichen Gegenstände der Prüfung und die Bewertung, einschließlich deren Begründung, festzuhalten sind. Über die Bewertung der mündlichen Prüfungsleistung wird in gemeinsamer Beratung beider Prüfer entschieden. Weichen die Bewertungen der beiden Prüfer voneinander ab, errechnet sich die Note für diese Leistung aus der durchschnittlichen Punktzahl.

- (5) Die Bewertung ist dem Prüfungskandidaten im Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt zu geben. Auf seinen Antrag sind dem Prüfungskandidaten auch die Gründe für die Bewertung durch den Vorsitzenden mitzuteilen. Der Antrag soll unmittelbar nach der Bekanntgabe der Bewertung bei der Prüfungskommission, spätestens jedoch binnen einer Woche nach dem Tag der mündlichen Prüfung beim Vorsitzenden gestellt werden.

§ 25

Gesamtnote und Bestehen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung

- (1) Die Gesamtnote der universitären Schwerpunktbereichsprüfung setzt sich aus den Noten der wissenschaftlichen Studienarbeit (§ 22) und der Klausur (§ 23) oder der mündlichen Prüfung (§ 24) zusammen. Bei der Bildung der Gesamtnote wird die Note der wissenschaftlichen Studienarbeit mit zwei Dritteln, die der Klausur oder der mündlichen Prüfung mit einem Drittel veranschlagt. Die Gesamtnote ist auf zwei Dezimalstellen zu runden.
- (2) Die universitäre Schwerpunktbereichsprüfung ist bestanden, wenn die wissenschaftliche Studienarbeit mit mindestens "ausreichend (4,0 Punkte)", die Klausur oder die mündliche Prüfung nicht mit "ungenügend (0 Punkte)" benotet wurde und die nach Abs. 1 gebildete Gesamtnote mindestens "ausreichend (4,0 Punkte)" beträgt.

§ 26

Wiederholung von Prüfungsleistungen

- (1) Klausuren und mündliche Prüfungen, die mit "mangelhaft" oder "ungenügend" bewertet wurden, dürfen grundsätzlich nur einmal, nichtbestandene Seminararbeiten zwei Mal wiederholt werden. In besonders begründeten Ausnahmefällen können auch nicht bestandene Klausuren und mündliche Prüfungen zum nächstmöglichen Termin auf Antrag des Studierenden ein zweites Mal wiederholt werden. Der Antrag ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Nichtbestehens der Klausur oder des Nichtbestehens der mündlichen Prüfung beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses (§ 6 Abs. 1 Satz 5) zu stellen; § 14 Abs. 3 gilt entsprechend. Über die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung entscheidet der Prüfungsausschuss.

- (2) Die Wiederholung von Prüfungsleistungen ist grundsätzlich nur binnen Jahresfrist zulässig. Nach Ablauf dieser Frist ist eine Wiederholung von Prüfungsleistungen nur zulässig, wenn der Studierende die Fristüberschreitung nicht zu vertreten hat. Dies hat er dem Prüfungsausschuss nach Möglichkeit vor Ablauf der Jahresfrist, spätestens jedoch innerhalb von zwei Wochen nach Ablauf dieser Frist unaufgefordert nachzuweisen. Wird der Nachweis erbracht, ist dem Studierenden Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren. Für die vorstehenden Fristen gilt § 14 Abs. 3 entsprechend.

§ 27

Zeugnis über die universitäre Schwerpunktbereichsprüfung

Über das Bestehen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung wird vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach dem Ende der Vorlesungszeit desjenigen Semesters, in dem die Prüfung bestanden wurde, ein Zeugnis ausgestellt. Das Zeugnis enthält neben dem Namen, dem Geburtsdatum, dem Geburtsort und der Matrikelnummer des Studierenden die Gesamtnote der universitären Schwerpunktbereichsprüfung (§ 25) und die Noten der Prüfungsleistungen (§§ 22, 23 und 24). Darüber hinaus weist das Zeugnis das Datum der letzten Prüfungsleistung aus.

§ 28

Rechtsbehelf bei Nichtbestehen

Das Nichtbestehen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung ist dem Studierenden innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach dem Ende der Vorlesungszeit desjenigen Semesters, in dem die Prüfung nicht bestanden wurde, schriftlich mitzuteilen. Die Mitteilung ist mit Entscheidungsgründen und einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

IV. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 29

Übergangsregelungen

- (1) Auf Studierende, die ihr rechtswissenschaftliches Studium vor dem Wintersemester 2003/2004 aufgenommen haben, findet diese Ordnung keine Anwendung, sofern sich diese Studierenden bis spätestens zum 1. Juli 2006 erstmals zur Ersten Juristischen Staatsprüfung angemeldet haben. Für diese Studierenden gelten weiterhin die Bestimmungen der Zwischenprüfungsordnung zum Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 30. Dezember 1996 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 40/1996) in der Fassung der Zweiten Änderungssatzung vom 28. Februar 2002 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 9/2002).
- (2) Ab dem Prüfungstermin der Ersten Juristischen Prüfung 2007/2 gelten – vorbehaltlich der Ausnahmereglung des § 59 Abs. 1 Satz 3 SächsJAPO – ausschließlich die Bestimmungen dieser Ordnung.

§ 30

Inkrafttreten und Veröffentlichung

Diese Prüfungsordnung wurde aufgrund der Beschlüsse des Fakultätsrats der Juristenfakultät vom 18. Oktober 2006 und des Senats der Universität Leipzig vom 13. Februar 2007 ausgefertigt. Sie wurde vom Rektoratskollegium am 16. Februar 2007 genehmigt. Die Anzeige beim Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst wurde mit Schreiben vom 1. Juni 2007 (Az.: 3-7831-14/23-14) bestätigt. Die Ordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Leipzig rückwirkend zum Wintersemester 2003/2004 in Kraft.

Leipzig, den 13. Juli 2007

Professor Dr. Franz Häuser
Rektor

Anlage**PRÜFUNGSFÄCHER DER SCHWERPUNKTBEREICHE****Schwerpunktbereich "Grundlagen des Rechts"**

(§ 18 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1)

Veranstaltung	SWS
---------------	-----

I. Pflichtfächer (§ 18 Abs. 3 Alt. 1)

1. Zweig: Theorie und Soziologie des Rechts

Rechtsphilosophie I: Grundprinzipien von Recht, Verfassung und Staat	2
Rechtsphilosophie II: Hauptprobleme der Rechts- und Sozialphilosophie (zugleich für den Schwerpunktbereich 5)	2
Wissenschaftsgeschichte	2
Verfassungsgeschichte	2
Staatskirchenrecht	2

2. Zweig: Rechts- und Verfassungsgeschichte

Wissenschaftsgeschichte	2
Deutsche und europäische Rechtsgeschichte	3
Verfassungsgeschichte	2
Rechtsphilosophie I: Grundprinzipien von Recht, Verfassung und Staat	2
Staatskirchenrecht	2

3. Zweig: Kirchen- und Staatskirchenrecht

Staatskirchenrecht	2
Kirchliches Recht	2
Rechtsphilosophie I: Grundprinzipien von Recht, Verfassung und Staat	2
Wissenschaftsgeschichte	2

Verfassungsgeschichte	2
-----------------------	---

Den vorstehenden Pflichtfächern ist der Stoff der Klausur im Rahmen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung zu entnehmen (§ 23).

II. Wahlobligatorische Fächer aller 3 Zweige (§ 18 Abs. 3 Alt. 2)

Einführung in das Recht und die Rechtswissenschaft (zugleich für Schwerpunktbereich 5)	2
Rechtstheorie, einschließlich juristischer Methodenlehre	2
Rechtssoziologie	2
Einführung in die Philosophie	2
Philosophie des Buddhismus	2
Logik für Juristen	2
Grundlagen der Textlinguistik	2
Die Verfassung der Europäischen Union (aus Schwerpunktbereich 3)	2
Europäischer Menschenrechtsschutz (aus Schwerpunktbereich 3)	2
Allgemeine Staatslehre	2
Einführung in die Verfassungslehre	2
Römische Rechtsgeschichte	2
Rechtsbücher und Gesetze	2
Deutsches Privatrecht	2
Römisches Privatrecht	2
Europäisches gemeines Recht – insbesondere römisches Recht	2
Strafrechtsgeschichte (aus Schwerpunktbereich 5)	2
Kirchliche Rechtsgeschichte	2

Als wahlobligatorische Fächer gelten außerdem alle Pflichtfächer des vom Studierenden nicht gewählten Zweiges dieses Schwerpunktbereichs, sofern diese nicht Bestandteil des obligatorischen Studienangebotes des gewählten Zweiges sind.

III. Prüfungsseminare

Seminare, in deren Rahmen die Prüfungsleistung "Wissenschaftliche Studienarbeit" (§ 22) erbracht werden kann, werden zu wechselnden Themen der Pflicht- und wahlobligatorischen Fächer veranstaltet	jeweils 2 SWS
---	------------------

Gemäß § 19 Abs. 2 sind **Prüfungsleistungen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung** eine wissenschaftliche Studienarbeit (§ 22) und eine Klausur (§ 23 Abs. 1), wobei das Thema der wissenschaftlichen Studienarbeit im Wesentlichen einem anderen Teilgebiet (§ 3 Abs. 3) oder Ausschnitt eines Teilgebietes des Schwerpunktbereichs oder Zweiges angehören muss als die Klausur. **Teilgebiete** des Schwerpunktbereichs "Grundlagen des Rechts" sind die Materien aller Lehrveranstaltungen zu den vorstehend aufgeführten Pflichtfächern und wahlobligatorischen Fächern.

Schwerpunktbereich "Staats- und Kommunalverwaltung"**(§ 18 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2)**

Veranstaltung	SWS
----------------------	------------

I. Pflichtfächer (§ 18 Abs. 3 Alt. 1)¹

Teilgebiet 1: Umwelt- und Technikrecht

Umweltrecht, Allgemeiner Teil	2
Umweltrecht, Besonderer Teil (einschl. des Technikrechts)	2

Teilgebiet 2: Bau- und Planungsrecht

Vertiefung im Bau- und Planungsrecht	2
Fachplanungsrecht	2

Teilgebiet 3: Öffentliches Wirtschaftsrecht

Wirtschaftsverwaltungs- und Wirtschaftsverfassungsrecht	2
Öffentliche Unternehmen	2

Den vorstehenden Pflichtfächern ist der Stoff der Klausur im Rahmen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung zu entnehmen (§ 23).

II. Wahlobligatorische Fächer (§ 18 Abs. 3 Alt. 2)

Teilgebiet 4: Recht der Öffentlichen Abgaben

Allgemeines Steuerrecht I (aus Schwerpunktbereich 8)	2
Allgemeines Steuerrecht II (aus Schwerpunktbereich 8)	2

¹ Der Schwerpunktbereich "Staats- und Kommunalverwaltung" ist nicht in Zweige (§ 3 Abs. 2) unterteilt, sondern gliedert sich unmittelbar in **Teilgebiete** (§ 3 Abs. 3).

Teilgebiet 5: Rechtsgestaltung im Öffentlichen Recht

Rechtsgestaltung im Öffentlichen Recht I (mit Schwerpunktbereich 7)	2
Rechtsgestaltung im Öffentlichen Recht II (mit Schwerpunktbereich 7)	2

III. Prüfungsseminare

Seminare, in deren Rahmen die Prüfungsleistung "Wissenschaftliche Studienarbeit" (§ 22) erbracht werden kann, werden zu wechselnden Themen der Pflicht- und wahl-obligatorischen Fächer veranstaltet	jeweils 2 SWS
--	------------------

Gemäß § 19 Abs. 2 sind **Prüfungsleistungen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung** eine wissenschaftliche Studienarbeit (§ 22) und eine Klausur (§ 23 Abs. 1), wobei das Thema der wissenschaftlichen Studienarbeit im Wesentlichen einem anderen Teilgebiet (§ 3 Abs. 3) oder Ausschnitt eines Teilgebietes des Schwerpunktbereichs angehören muss als die Klausur.

Schwerpunktbereich "Internationales und Europäisches Recht"**(§ 18 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3)****I. Pflichtfächer (§ 18 Abs. 3 Alt. 1)****1. Zweig: Internationaler und Europäischer Privatrechtsverkehr**

IPR Familien-/ Erbrecht (mit AT)	2
UN-Kaufrecht	2
IPR Schuldrecht/ Sachenrecht (mit AT)	2
Europäisches Zivilprozessrecht	2

2. Zweig: Europarecht, Völkerrecht, Menschenrechte

EU-Grundrechte und EMRK	2
Europarecht II	2
Völkerrecht	2
Internationale Organisationen und Verträge	2

3. Zweigübergreifende Pflichtfachveranstaltungen (§ 25 Abs. 2, 3 StudO)

Für die Studierenden des Zweiges "Internationaler und Europäischer Privatrechtsverkehr" wahlweise:

EU-Grundrechte und EMRK	2
Europarecht II	2

Für die Studierenden des Zweiges "Europarecht, Völkerrecht, Menschenrechte" wahlweise:

IPR Familien-/ Erbrecht (mit AT)	2
UN-Kaufrecht	2

Den vorstehenden Pflichtfächern ist der Stoff der Klausur im Rahmen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung zu entnehmen (§ 23).

II. Wahlobligatorische Fächer (§ 18 Abs. 3 Alt. 2)

Einführung in die Rechtsvergleichung	2
Einführung in das US-Recht	2
Einführung in das spanische Recht	2
Einführung in das italienische Recht	2
Einführung in das österreichische Recht	2
Einführung in das französische Recht	2
Einführung in das englische Recht	2
Einführungen in weitere ausländische Privatrechtsordnungen	2
Europarecht I	2
Europäisches Privatrecht	2
Internationales Bankrecht (aus Schwerpunktbereich 4)	2
EU-Wirtschaftsrecht	2
Internationales Wirtschaftsrecht	2
Freiwillige Gerichtsbarkeit	2
Transnationales Strafrecht (aus Schwerpunktbereich 5)	2
Die Verfassung der EU (zugleich für Schwerpunktbereich 1)	2
Europäischer Menschenrechtsschutz (zugleich für Schwerpunktbereich 1 und 5)	2
Vertiefung zu Theorie und Grundlagen des Völkerrechts	2
Vertiefung zu aktuellen Problemen des Völker- und Europarechts	2

III. Prüfungsseminare

Seminare, in deren Rahmen die Prüfungsleistung "Wissenschaftliche Studienarbeit" (§ 22) erbracht werden kann, werden zu wechselnden Themen der Pflicht- und wahlobligatorischen Fächer veranstaltet	jeweils 2 SWS
---	------------------

Gemäß § 19 Abs. 2 sind **Prüfungsleistungen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung** eine wissenschaftliche Studienarbeit (§ 22) und eine Klausur (§ 23 Abs. 1), wobei das Thema der wissenschaftlichen Studienarbeit im Wesentlichen einem anderen Teilgebiet (§ 3 Abs. 3) oder Ausschnitt eines Teilgebietes des Schwerpunktbereichs oder Zweiges angehören muss als die Klausur. **Teilgebiete** des Schwerpunktbereiches "Internationales und Europäisches Recht" sind die Materien aller Lehrveranstaltungen zu den vorstehend aufgeführten Pflichtfächern und wahlobligatorischen Fächern.

Schwerpunktbereich "Bank- und Kapitalmarktrecht"**(§ 18 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4)**

Veranstaltung	SWS
---------------	-----

I. Pflichtfächer (§ 18 Abs. 3 Alt. 1)

Recht der Bankgeschäfte I	2
Recht der Bankgeschäfte II	2
Kapitalmarktrecht	2
Wertpapierrecht	2

Den vorstehenden Pflichtfächern ist der Stoff der Klausur im Rahmen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung zu entnehmen (§ 23).

II. Wahlobligatorische Fächer (§ 18 Abs. 3 Alt. 2)

EU-Wirtschaftsrecht	2
Internationales Bankrecht	2
Recht der Kreditsicherheiten	2
Gesellschaftsrecht II (Kapitalgesellschaftsrecht - Modul aus SPB 8)	2
Umwandlungs- und Konzernrecht (aus Schwerpunktbereich 8)	2
Handelsrecht II (aus Schwerpunktbereich 8)	2
Insolvenzrecht (aus Schwerpunktbereich 7)	2
Wirtschaftsstrafrecht (aus Schwerpunktbereich 5)	2
Steuerrecht (Bankgeschäfte und Kapitalmarkt)	2

III. Prüfungsseminare

Seminare, in deren Rahmen die Prüfungsleistung "Wissenschaftliche Studienarbeit" (§ 22) erbracht werden kann, werden zu wechselnden Themen der pflicht- und wahl-obligatorischen Fächer veranstaltet	jeweils 2 SWS
--	------------------

Gemäß § 19 Abs. 2 sind **Prüfungsleistungen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung** eine wissenschaftliche Studienarbeit (§ 22) und eine Klausur (§ 23 Abs. 1), wobei das Thema der wissenschaftlichen Studien-

arbeit im Wesentlichen einem anderen Teilgebiet (§ 3 Abs. 3) oder Ausschnitt eines Teilgebietes des Schwerpunktereichs angehören muss als die Klausur. **Teilgebiete** des Schwerpunktereichs "Bank- und Kapitalmarktrecht" sind die Materien aller Lehrveranstaltungen zu den vorstehend aufgeführten Pflichtfächern und wahlobligatorischen Fächern.

Schwerpunktbereich "Kriminalwissenschaften"**(§ 18 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5)**

Veranstaltung	SWS
----------------------	------------

I. Pflichtfächer (§ 18 Abs. 3 Alt. 1)

Vertiefung im Besonderen Teil des Strafrechts	2
Vertiefung im Strafverfahrensrecht	2
Die Rechtsfolgen der Tat	2
Kriminologie I: Grundlagen und Grundfragen der Kriminologie	2

Den vorstehenden Pflichtfächern ist der Stoff der Klausur im Rahmen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung zu entnehmen (§ 23).

II. Wahlobligatorische Fächer (§ 18 Abs. 3 Alt. 2)

Ausgewählte Gebiete des Nebenstrafrechts, z.B. Wirtschaftsstrafrecht (zugleich für Schwerpunktbereich 4), Medienstrafrecht (zugleich für Schwerpunktbereich 6), BtMG	2
Einführung in das Recht der Ordnungswidrigkeiten	2
Revisionsrecht	2
Recht und Praxis der Strafverteidigung (zugleich für Schwerpunktbereich 7)	2
Transnationales Strafrecht (zugleich für Schwerpunktbereich 3)	2
Strafvollzug	2
Jugendstrafrecht	2
Kriminologie II: Vertiefungsveranstaltung zur Kriminologie	2
Rechtsmedizin	2
Kriminalistik	2
Strafrechtsgeschichte (zugleich für Schwerpunktbereich 1)	2
Rechtsphilosophie II: Hauptprobleme der Rechts- und Sozialphilosophie (aus Schwerpunktbereich 1)	2
Einführung in das Recht und die Rechtswissenschaft (aus Schwerpunktbereich 1)	2
Europäischer Menschenrechtsschutz (aus Schwerpunktbereich 3)	2

Einführung in das islamische Recht I	2
Einführung in das islamische Recht II	2

III. Prüfungsseminare

Seminare, in deren Rahmen die Prüfungsleistung "Wissenschaftliche Studienarbeit" (§ 22) erbracht werden kann, werden zu wechselnden Themen der Pflicht- und wahl-obligatorischen Fächer veranstaltet	jeweils 2 SWS
--	------------------

Gemäß § 19 Abs. 2 sind **Prüfungsleistungen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung** eine wissenschaftliche Studienarbeit (§ 22) und eine Klausur (§ 23 Abs. 1), wobei das Thema der wissenschaftlichen Studienarbeit im Wesentlichen einem anderen Teilgebiet (§ 3 Abs. 3) oder Ausschnitt eines Teilgebietes des Schwerpunktbereichs angehören muss als die Klausur. **Teilgebiete** des Schwerpunktbereichs "Kriminalwissenschaften" sind die Materien aller Lehrveranstaltungen zu den vorstehend aufgeführten Pflichtfächern und wahlobligatorischen Fächern.

Schwerpunktbereich "Medien- und Informationsrecht"**(§ 18 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6)**

Veranstaltung	SWS
----------------------	------------

I. Pflichtfächer (§ 18 Abs. 3 Alt. 1)

Medienrecht I: Presse- und Rundfunk, institutioneller Teil	2
Medienrecht II: Presse und Rundfunk, Persönlichkeitsschutz und Äußerungsrecht	2
Informations- und Datenschutzrecht	1
Jugendschutzrecht/ Medienstrafrecht (aus Schwerpunktbereich 5)	2
Urheberrecht	2

Den vorstehenden Pflichtfächern ist der Stoff der Klausur im Rahmen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung zu entnehmen (§ 23).

II. Wahlobligatorische Fächer (§ 18 Abs. 3 Alt. 2)

Internet- und Telekommunikationsrecht, mit Recht des E-commerce	2
EU-Grundrechte und EMRK (aus Schwerpunktbereich 3)	2
Marken- und Kennzeichenrecht	2
Wettbewerbs- und Kartellrecht (UWG, GWB)	2
Medienrecht III: Persönlichkeitsschutz und Äußerungsrecht	1
Urhebervertragsrecht	2

III. Prüfungsseminare

Seminare, in deren Rahmen die Prüfungsleistung "Wissenschaftliche Studienarbeit" (§ 22) erbracht werden kann, werden zu wechselnden Themen der Pflicht- und wahlobligatorischen Fächer veranstaltet	jeweils 2 SWS
---	------------------

Gemäß § 19 Abs. 2 sind Prüfungsleistungen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung eine wissenschaftliche Studienarbeit (§ 22) und eine Klausur (§ 23 Abs. 1), wobei das Thema der wissenschaftlichen Studienarbeit im Wesentlichen einem anderen Teilgebiet (§ 3 Abs. 3) oder

Ausschnitt eines Teilgebietes des Schwerpunktbereichs angehören muss als die Klausur. Teilgebiete des Schwerpunktbereichs "Medien- und Informationsrecht" sind die Materien aller Lehrveranstaltungen zu den vorstehend aufgeführten Pflichtfächern und wahlobligatorischen Fächern, mit Ausnahme der Vorlesung "Informations- und Datenschutzrecht", soweit diese weniger als 2 SWS umfasst (§ 3 Abs. 3).

Schwerpunktbereich "Rechtsberatung – Rechtsgestaltung – Rechtsdurchsetzung"**(§ 18 Abs. 1 Satz 2 Nr. 7)**

Veranstaltung	SWS
----------------------	------------

I. Pflichtfächer (§ 18 Abs. 3 Alt. 1)

Rechtliche Gestaltung	2
Zivilprozessrecht	4
Zwangsvollstreckungsrecht	2

Den vorstehenden Pflichtfächern ist der Stoff der mündlichen Prüfung (§§ 19 Abs. 3, 24 Abs. 1) im Rahmen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung zu entnehmen.

II. Wahlobligatorische Fächer (§ 18 Abs. 3 Alt. 2)

Praxis der Rechtsgestaltung; Familien-, Erb-, Gesellschafts- und Immobilienrecht	2
Rechtsgestaltung im öffentlichen Recht (mit Schwerpunktbereich 2)	2
Insolvenzrecht und Sanierung	2
Anwaltsrecht (Berufsrecht, Haftungsrecht; Praxis des Anwaltsberufs)	2
Schiedsverfahren/Schlichtung/Mediation	2
Moot-Court; Strategie in Prozess und Vollstreckung	2
Recht und Praxis der Strafverteidigung (aus Schwerpunktbereich 5)	2

III. Prüfungsseminare

Seminare, in deren Rahmen die Prüfungsleistung "Wissenschaftliche Studienarbeit" (§ 22) erbracht werden kann, werden zu wechselnden Themen der Pflicht- und wahlobligatorischen Fächer veranstaltet	jeweils 2 SWS
---	------------------

Gemäß § 19 Abs. 2 und 3 sind **Prüfungsleistungen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung** in diesem Schwerpunktbereich eine wissenschaftliche Studienarbeit (§ 22) und eine mündliche Prüfung (§§ 19 Abs. 3, 24), wobei das Thema der wissenschaftlichen Studienarbeit im Wesentlichen einem anderen Teilgebiet (§ 3 Abs. 3) oder Ausschnitt eines Teilgebietes des Schwerpunktbereichs angehören muss als die mündliche Prüfung. **Teilgebiete** des Schwerpunktbereichs "Rechtsberatung – Rechtsgestaltung – Rechtsdurchsetzung" sind die Materien aller Lehrveranstaltungen zu den vorstehend aufgeführten Pflichtfächern und wahlobligatorischen Fächern.

Schwerpunktbereich "Unternehmen – Arbeit – Steuern"**(§ 18 Abs. 1 Satz Nr. 8)**

Veranstaltung	SWS
----------------------	------------

I. Pflichtfächer (§ 18 Abs. 3 Alt. 1)

1. Zweig: Unternehmen

Kapitalgesellschaftsrecht (zugleich für Schwerpunktbereich 4)	2
Handelsrecht II: Wirtschaftsverträge (zugleich für Schwerpunktbereich 4)	2
Kapitalmarktrecht (aus Schwerpunktbereich 4)	2
EU- Wirtschaftsrecht	2

2. Zweig: Arbeit

Betriebsverfassungsrecht	2
Koalitions-, Tarifvertrags- und Arbeitskampfrecht	2
Sozialrecht	3
Arbeitsgerichtliches Verfahren	2
Unternehmensmitbestimmung	1

3. Zweig: Steuern

Allgemeines Steuerrecht I	2
Einkommen- und Körperschaftsteuerrecht I	2
Einkommen- und Körperschaftsteuerrecht II: Besteuerung der Gesellschaften	2
Gewerbesteuerrecht und Umsatzsteuerrecht	2

4. Zweigübergreifende Pflichtfachveranstaltungen (§ 25 Abs. 2, 3 StudO)

Für die Studierenden des Zweiges "Unternehmen":

Einkommen- und Körperschaftsteuerrecht II: Besteuerung der Gesellschaften	2
--	---

Für die Studierenden des Zweiges "Arbeit" wahlweise:

Kapitalgesellschaftsrecht	2
Allgemeines Steuerrecht I	2

Für die Studierenden des Zweiges "Steuern":

Kapitalgesellschaftsrecht	2
---------------------------	---

Den vorstehenden Pflichtfächern ist der Stoff der Klausur im Rahmen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung zu entnehmen (§ 23).

II. Wahlobligatorische Fächer aller drei Zweige (§ 18 Abs. 3 Alt. 2)

Grenzüberschreitender Arbeitnehmereinsatz	2
Unternehmensumstrukturierung und Arbeitsrecht	2
Europäisches Arbeits- und Sozialrecht	3
Umwandlungs- und Konzernrecht	2
Insolvenzrecht (zugleich für Schwerpunktbereich 4)	2
Bankrecht (aus Schwerpunktbereich 4)	2
Wertpapierrecht (aus Schwerpunktbereich 4)	2
Allgemeines Steuerrecht II (Steuerverfahrensrecht)	2
Einkommens- und Körperschaftssteuerrecht III	2
Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht	2
Wettbewerbs- und Kartellrecht	2
Kolloquium im Handelsrecht	2
Kolloquium im Gesellschaftsrecht	2

Als wahlobligatorische Fächer gelten außerdem alle Pflichtfächer des vom Studierenden nicht gewählten Zweiges dieses Schwerpunktbereichs, sofern diese nicht Bestandteil des obligatorischen Studienangebotes des gewählten Zweiges sind.

III. Prüfungsseminare

Seminare, in deren Rahmen die Prüfungsleistung "Wissenschaftliche Studienarbeit" (§ 22) erbracht werden kann, werden zu wechselnden Themen der Pflicht- und wahlobligatorischen Fächer veranstaltet	jeweils 2 SWS
---	------------------

Gemäß § 19 Abs. 2 sind **Prüfungsleistungen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung** eine wissenschaftliche Studienarbeit (§ 22) und eine Klausur (§ 23 Abs. 1), wobei das Thema der wissenschaftlichen Studienarbeit im Wesentlichen einem anderen Teilgebiet (§ 3 Abs. 3) oder Ausschnitt eines Teilgebietes des Schwerpunktbereichs oder Zweiges angehören muss als die Klausur. **Teilgebiete** des Schwerpunktbereichs "Unternehmen – Arbeit – Steuern" sind die Materien aller Lehrveranstaltungen zu den vorstehend aufgeführten Pflichtfächern und wahlobligatorischen Fächern, mit Ausnahme der Vorlesungen "Arbeitsgerichtliches Verfahren" und "Unternehmensmitbestimmung", soweit diese weniger als 2 SWS umfassen (§ 3 Abs. 3).